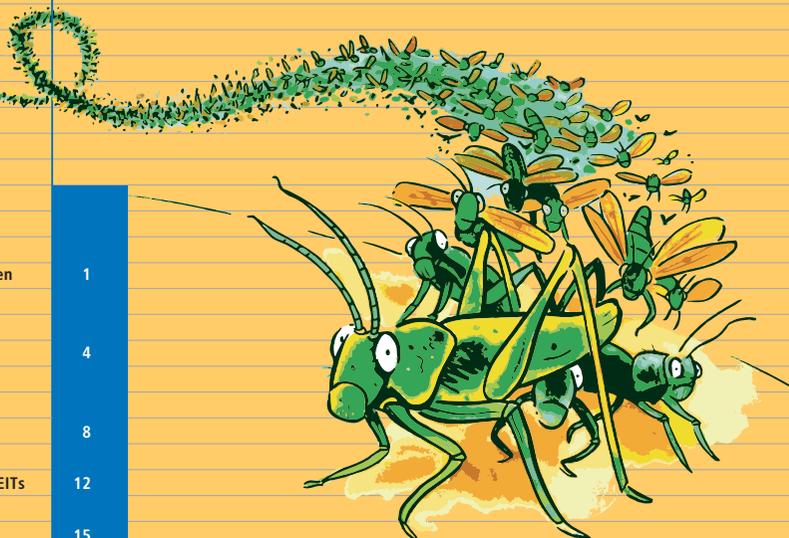


Finanz- kapitalismus

Geldgier in Reinkultur!

Roter Teppich für Heuschrecken	1
Hedge-Fonds: Hohe Rendite – hohes Risiko	4
Private-Equity-Fonds: Die Firmenjäger	8
Immobilienpekulation und REITs	12
Kasino und Krisen	15
US-Immobilienkrise	17
Die globale Geldschwemme	18
Politik schafft Spielregeln ab	20
Finanzkapitalismus zurückdrängen	22



ver.di

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Herausgeber:

ver.di – Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Bundeschristenrat
Ressort 1
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Verantwortlich:

Frank Bsirske

Bearbeitung:

Bereich Wirtschaftspolitik
Michael Schlecht (Bereichsleiter)
Ralf Krämer
Dr. Sabine Reiner
Dr. Norbert Reuter
Anita Weber

Kontakt:

Wirtschaftspolitik@verdi.de
www.wipo.verdi.de

Karikaturen:

Reinhard Alff

Gestaltung:

Hauer+Ege GmbH, Stuttgart
www.hauer-ege.de

Druck:

apm AG, Darmstadt

W-2074-14-0907
Oktober 2007

Roter Teppich für Heuschrecken

Wir alle haben einen Personalausweis. Von der Bundesdruckerei in Berlin. Bis 2000 war sie in staatlicher Hand. Dann wurde das Unternehmen privatisiert. Vom damaligen Finanzminister Eichel. Verkauft an Apax, ein Private-Equity-Unternehmen. Trotz monatelangem massivem Widerstand der Belegschaft und der Gewerkschaften.

Apax hat einen Großteil des Kaufpreises durch die Bundesdruckerei bezahlen lassen. Dadurch stieg die Verschuldung des kerngesunden Unternehmens massiv. Die Planung von Apax: 30 Prozent jährliche Rendite. Und nach zwei bis drei Jahren sollte verkauft werden. Nach einem Jahr geriet die altehrwürdige Bundesdruckerei jedoch ins Schlingern. 2002 stand sie kurz vor der Pleite. Apax verschwand über Nacht. Die Bundesdruckerei wurde von einer Auffanggesellschaft übernommen, bei der im Hintergrund die Landesbank Hessen-Thüringen – der Hauptgläubiger – stand.

Vor allem die Belegschaft musste bluten. Von 2.000 Beschäftigten behielten nur 1.200 ihren Arbeitsplatz. Und diese mussten erhebliche Einschnitte in den ehemals guten Haustarifvertrag hinnehmen.

Ähnliches lässt sich aus vielen Unternehmen berichten. Häufig mit noch einschneidenderen Folgen für die Beschäftigten. Immer geht es um abenteuerliche Rendite. Immer werden Menschen brutal nur als Kostenfaktor behandelt.

Geldgier in Reinkultur

Kapital einsetzen und mit einem maximalen Profit zurückbekommen – das ist Grundprinzip kapitalistischen Wirtschaftens. Jeder Unternehmer verfährt so. Der in der Industrie oder die Dienstleisterin haben aber noch einen Bezug zu den arbeitenden Menschen. Der Fondsmanager macht scheinbar losgelöst von realwirtschaftlichen Prozessen sein Geschäft. Er bewegt sich nur noch in der Finanzsphäre. Arbeitende Menschen, die die Werte schaffen, kommen nur als abstrakte Kostenfaktoren vor.

Das Prinzip des „Geldmachens“, der maximalen Rendite, wird auf den Finanzmärkten zur alles entscheidenden Triebkraft.

Es zählt nur noch die maximale Rendite. 20 oder 30 Prozent – das sind häufig die Vorgaben im Shareholder-Value-Kapitalismus. Morgen vielleicht schon 40 oder 50 Prozent? In einzelnen Unternehmen mag das zeitweise sogar durchsetzbar sein. Für die gesamte Wirtschaft wären derartige Renditen nur mit einer unrealistischen Steigerung der Produktivität möglich. Kapitalanleger und Fondsmanager interessiert das nicht. Auch nicht, dass solche Renditevorgaben weitere massive Verschlechterungen für die Beschäftigten zur Folge haben. Sie machen Druck. Auf Teufel komm raus.



Roter Teppich für Heuschrecken

Der Druck nimmt in dem Maße zu, wie die Finanzmärkte „liberalisiert“ wurden und werden. Er steigt in dem Maße weiter, wie immer mehr Geld in die Finanzmärkte gepumpt wird. Als Resultat beständig verschärfter Umverteilung von unten nach oben. Das ist der Teufelskreis: Die Einkommen stagnieren, die steigenden Profite fließen immer mehr in die abgehobene Finanzsphäre und suchen nach immer profitableren Anlagemöglichkeiten. Dies erhöht die Rückwirkung auf Betriebe und Beschäftigte. Es droht, dass die Einkommen morgen nicht nur stagnieren, sondern sinken und Profite noch stärker steigen.

Krokodilstränen der Politiker

Auch Politikern entgeht der zunehmende Druck des Shareholder-Value-Kapitalismus auf die Menschen nicht. Das von Franz Müntefering im Mai 2005 gezeichnete Bild von den Heuschrecken hat sich eingepreßt.

Seine Kritik war jedoch heuchlerisch. Rot-Grün hat mehrfach Unternehmen privatisiert und sie Private-Equity-Unternehmen überlassen – wie im Fall der Bundesdruckerei. Und den Heuschrecken den roten Teppich ausgerollt. Die bekannteste Maßnahme: Ende 2000 hat Rot-Grün die Steuerfreiheit für Gewinne aus dem Verkauf von Unternehmensanteilen eingeführt. Damit wurde das Geschäft von Finanzinvestoren erst richtig profitabel.

Bei der Reaktion auf die gegenwärtige problematische Lage fällt daher den Nationalstaaten, zumindest vorläufig, eine entscheidende gestalterische Aufgabe zu.

Ortwin Runde/Florian Pronold (SPD-MdBs): Intelligenz gegen Geldgier. Positionspapier zur angestrebten Private-Equity-Gesetzgebung, Juni 2007, Seite 10

Die Regierungen Schröder und Merkel haben die Bedingungen für Finanzinvestoren verbessert.

Auch in der großen Koalition werden weiterhin Gesetze zu Gunsten von Finanzmarktakteuren gemacht. Zum Beispiel hat die Merkel-Regierung Fonds zur steuerbegünstigten Immobilienspekulation zugelassen – die sogenannten REITs. Und seit Sommer 2007 werden gesetzliche Regelungen vorbereitet, die auf eine weitgehende Steuerbefreiung für Private-Equity-Fonds hinauslaufen.

Gleichzeitig behauptet Peer Steinbrück in *Monitor* im Juli 2007: „Sie werden nicht national irgendwas regulieren oder kontrollieren können vor dem Hintergrund eines globalisierten Finanzmarktes.“

In Anbetracht der vielen Gesetze zugunsten der Heuschrecken wäre es für unser Land besser gewesen, die Regierungen hätten in der Tat nichts getan. Denn eines ist klar: Wenn national im Alleingang der rote Teppich ausgerollt wurde, dann kann man ihn national auch wieder einrollen.

Unstrittig ist, dass der „globalisierte Finanzmarkt“ neue Herausforderungen stellt. Insbesondere die USA und Großbritannien treten für liberalisierte Finanzmärkte ein.

Gerade ein wirtschaftlich starkes Land wie Deutschland hat aber sehr wohl erhebliche Möglichkeiten auf europäischer und internationaler Ebene Einfluss zu nehmen. Um Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte auch international voranzubringen.

„Deutschland ist Profiteur der Globalisierung“, sagt Finanzminister Steinbrück. Das ist nicht ganz richtig, denn Profiteure sind deutsche Unternehmer. Den Beschäftigten jedoch wird immer wieder erzählt, dass die deutsche Wirtschaft Opfer der Globalisierung sei. Und sich die Beschäftigten auf weitere Deregulierung, Flexibilisierung und unmittelbare Verschlechterungen einzustellen haben.

Heuschrecken und Unternehmer immer aggressiver

Insbesondere in den letzten zehn Jahren übt der Shareholder-Value-Kapitalismus immer mehr Druck auf Unternehmen aus.

Geschäftsleitungen werden in vielen Betrieben immer aggressiver. Diese Militanz hat den Gewerkschaften die Arbeit erheblich erschwert. Aber auch die Politik hat uns immer mehr Knüppel zwischen die Beine geworfen. So werden befriedigende Lohnabschlüsse immer schwieriger. Seit 2000 stagnieren die Einkommen der Beschäftigten. Für viele hat sich die Lebenslage sogar verschlechtert. Für Erwerbslose massiv. Und die Profite legten um 40 Prozent zu.

Die angeblich segensreiche Wirkung von liberalisierten Finanzmärkten ist in vielen Finanzkrisen widerlegt worden.

Immobilienmarkt, die Zinsen stiegen. Eigentümer können Zins und Tilgung nicht mehr stemmen. Viele verlieren ihre Häuser und sind hoch verschuldet. Und Kreditausfälle verursachen Verluste in Milliardenhöhe. Selbst deutsche Banken sind davon betroffen.

Rot-Grün steigerte die Fresslust der Heuschrecken. Und die gegenwärtige Koalition macht so weiter.

Entfesselte Finanzmärkte – immer neue Finanzkrisen

Die verselbständigten Finanzmärkte führen zu immer neuen Spekulationsblasen und Krisen. Nur einige Jahre zurück liegt die „New-Economy-Blase“. Als sie 2000 platzte, führte dies zu einer Beeinträchtigung der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung. Letztlich kostete das viele Arbeitsplätze.

Im Spätsommer 2007 ist wieder eine Spekulationsblase geplatzt. Auf dem US-amerikanischen Immobilienmarkt. Eine ganze Zeit lang waren die Zinsen verlockend niedrig. Außerdem sind Immobilienpreise laufend gestiegen. Viele Menschen haben deshalb den Sprung in die eigenen vier Wände gewagt. Darunter viele, die sich das eigentlich gar nicht leisten konnten. Mit Krediten wurden die Immobilien häufig zu 100 Prozent finanziert. Dann stagnierte der



... und unsere Perspektiven?

„Unseren Kindern soll es einmal besser gehen“, mit dieser Aussicht haben die Menschen bis in die 1980er Jahre gearbeitet und gelebt. Diese Hoffnung ist einer weit verbreiteten Zukunftsangst gewichen. Deshalb muss der finanzmarktgetriebene Kapitalismus ausgebremst werden. Mehr Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte ist notwendig. Und Finanzmärkte müssen auf Diät gesetzt werden. Durch einen Stopp der Umverteilung von unten nach oben. Und da steht neben vielen anderen Punkten der Kampf für einen gesetzlichen Mindestlohn, gegen Lohndumping und gegen Leiharbeit ganz oben auf der Tagesordnung.

**Hedge-Fonds:
Hohe Rendite – hohes Risiko**

Hedge-Fonds: Hohe Rendite – hohes Risiko

Hedge-Fonds gelten als die „Königsklasse“ im Finanzmarkt-Kapitalismus. Sie sammeln Kapital in großen Dimensionen ein und versuchen es auf den internationalen Finanzmärkten zu vermehren. Ihr besonderes Versprechen: Immer positive und zudem besonders hohe Renditen unabhängig von der wirtschaftlichen Entwicklung.

Banken, Pensionsfonds und sehr reiche Leute überhäufen Hedge-Fonds regelrecht mit Kapital. Kein Wunder, werben die Fonds doch mit Renditen oberhalb von 20 Prozent pro Jahr. Im Unterschied zu traditionellen Aktien- oder Immobilienfonds unterliegen sie keinerlei Anlagerichtlinien. Erlaubt ist, was gefällt und der Erhöhung der Rendite dienlich ist.

Allerdings stehen den Verlockungen einer hohen Rendite auch gewaltige Risiken gegenüber – bis hin zum Totalverlust des einge-

Hedge-Fonds müssen der Aufsicht keine Daten zur Verfügung stellen. Sie bilden somit weiße Flecken auf der Landkarte der Aufsicht. Und diese Flecken weiten sich aus.

Edgar Meister, Vorstand der Bankenaufsicht, in der Financial Times Deutschland am 12. Mai 2005

zahlten Geldes. Und die Risiken steigen. 2006 hatte sich allein der Amaranth Fonds zum Beispiel mit über sechs Milliarden Dollar bei Erdgas-Wetten verspekuliert. Die von der Stadt San Diego in diesen Fonds gesteckten Pensionsgelder sind nun futsch. Eine Tragödie für viele heutige und zukünftige Rentnerinnen und Rentner.

Hedge-Fonds immer bedeutungsvoller

Trotz wachsender Risiken hat die Anzahl und das von Hedge-Fonds verwaltete Vermögen stark zugenommen. Innerhalb der letzten vier Jahre hat es sich verdoppelt. Ende 2006 verwalteten weltweit etwa 9.500 Hedge-Fonds knapp 1,5 Billionen Dollar. Ungefähr so viel, wie alle Beschäftigten in Deutschland in einem Jahr verdienen. Experten gehen davon aus, dass es in zehn Jahren schon sechs Billionen Dollar sein werden.

Im Vergleich zum gesamten weltweit verwalteten Finanzvermögen in Höhe von knapp 80 Billionen US-Dollar, scheinen Hedge-Fonds trotz ihres immensen Wachstums noch relativ bedeutungslos. Aber das täuscht! Hedge-Fonds dürfen nämlich auf Kredit spekulieren. Damit bewegen sie viel mehr Kapital, als sie an Einlagen haben. Der Kredit wird hier als „Hebel“ – englisch „leverage“ – oder „Turbo“ eingesetzt, um die Rendite zu erhöhen.

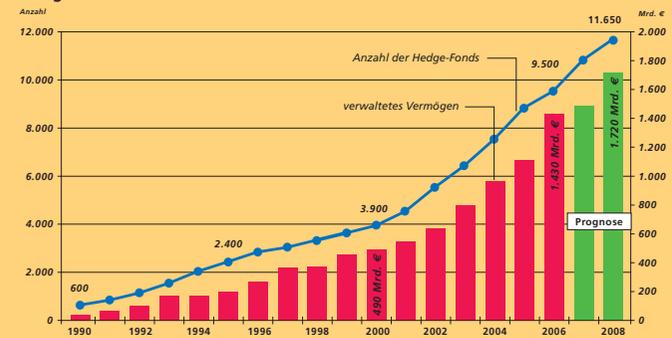
ver.di fordert:

Pensionsfonds dürfen die ihnen anvertrauten Ersparnisse nicht in Hedge-Fonds anlegen.

ver.di fordert:

Kredite an Hedge-Fonds müssen erheblich verteuert und mit hohen Eigenkapitalanforderungen unterlegt werden.

Hedge-Fonds im Aufwind



Fast 1,5 Billionen Dollar verwalten die weltweit etwa 9.500 Hedge-Fonds. Mit Hilfe von Krediten bewegen sie sogar noch ein Vielfaches dieses Betrags. Ob das Geschäft angesichts der Finanzmarktkrise seit Sommer 2007 weiter boomt, ist noch unklar.

Quelle: Hedge Fund Research, Inc., January 2007; Prognose: Van Hedge Fund Advisor International, Nashville, TN

Hebel- oder Leverage-Effekt – so geht's

Ein Hedge-Fonds-Manager investiert eine Million Euro in Bayer-Aktien. 200.000 sind Eigenkapital, die restlichen 800.000 finanziert er über Kredit. Er hat Glück: Der Bayer-Kurs steigt innerhalb eines Monats um zehn Prozent. Nun verkauft er die Aktien wieder und zahlt den Kredit zurück. Gewinn: 100.000 Euro. Allerdings muss der Manager für den Monat Kreditzinsen bezahlen. Bei vier Pro-

zent Zinsen sind das rund 2.700 Euro. Bleiben 97.300 Euro übrig. Ohne Kreditaufnahme hätte der Gewinn 20.000 Euro betragen. Die Differenz – 97.300 gegenüber 20.000 Euro – kommt durch den Leverage-Effekt zustande. Bezogen auf das Eigenkapital in Höhe von 200.000 Euro hat der Manager eine Rendite von 49 Prozent erzielt. Ohne Kredithebel wären es nur zehn Prozent gewesen.

Hedge-Fonds machen das internationale Finanzsystem zunehmend instabiler.

Hedge-Fonds in Deutschland

Mittlerweile vergeht kaum ein Tag, an dem nicht auch von Politikern beider Regierungsparteien Kritik an Finanzinvestoren geübt wird. Dabei war es die rot-grüne Regierung selbst, die 2004 trotz Protesten Hedge-Fonds in Deutschland zugelassen und ihnen Steuer- Vorteile eingeräumt hatte.

Lediglich einige Einschränkungen konnten durchgesetzt werden, so dass sie hier nicht ganz nach Belieben schalten und walzen können. Beispielsweise müssen sie um in den Genuss einer privilegierten Besteuerung zu kommen, Zins-

Euro beziffert, die Deutsche Bank steuerte „aus moralischer Verpflichtung“ 240 Millionen Euro bei. Ein Zusammenbruch beteiligter Banken und ein dadurch ausgelöster weltweiter Dominoeffekt konnte so noch einmal verhindert werden.

Legendär: Der Fall LTCM

Bislang einmalig ist der Fall des Long-Term Capital Management Fund (LTCM). Dieser Fonds hätte laut Handelsblatt beinahe „das Weltfinanzsystem in die Tiefe gerissen“.

Bei einem Eigenkapital von fünf Milliarden Dollar hatte der Fonds 1998 Kredite in Höhe von 125 Milliarden Dollar aufgenommen und über weitere hochspekulative Finanztransaktionen Geschäfte in Höhe von 1,3 Billionen Dollar getätigt. Das Verhältnis von Fremd- zu Eigenkapital betrug zeitweise 150:1. Als sich die Kurse der gekauften Wertpapiere nicht wie gehofft entwickelten, konnten Kreditzinsen nicht mehr bedient, geschweige denn Kredite zurückgezahlt werden. Banken gerieten ins Trudeln. Die US-Notenbank sah sich gezwungen, eine Auffangaktion zu koordinieren. 15 weltweit führende Finanzinstitute stellten schnell 3,5 Milliarden Dollar bereit. Auch deutsche Banken beteiligten sich an der Rettungsaktion. Bei der Dresdner Bank wurde der Verlust auf 120 Millionen



Hedge-Fonds: Hohe Rendite – hohes Risiko

erträge und Kursgewinne offenlegen. Dies scheuen aber die meisten Hedge-Fonds, da ihr Geschäftsprinzip gerade das Agieren im Verborgenen ist. Da bleibt man lieber als sogenannter Off-Shore-Fonds auf den Cayman Islands oder den Bermudas. Die zu zahlenden Steuern sind dort minimal. Hierzulande haben sich bislang 20 Hedge-Fonds mit einem Anlagevolumen von rund 200 Millionen Euro registrieren lassen.

Ob sie nun vom Inland oder vom Ausland operieren: Die Eigentümerstruktur, Geschäftspolitik und Anlagen von Hedge-Fonds müssen systematisch und kontinuierlich durch die Finanzaufsichtsbehörden kontrolliert werden. Auch muss sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass in der EU nur solche Fonds tätig werden dürfen, die sich den Kontrollen unterwerfen.

Hedge-Fonds sind der besondere Ausdruck der Jagd nach hohen Profiten.

Leerverkäufe – so geht's

Leerverkäufe – auch „Long Short Equity“ genannt – bezeichnen den Verkauf lediglich geliehener Wertpapiere. Traditionellen Fonds ist dies untersagt. Geht ein Hedge-Fonds-Manager davon aus, dass zum Beispiel Aktien des Reiseanbieters Tui fallen, leiht er sich Aktien dieser Firma zum Tageskurs aus und verkauft sie. Ist sein finanzieller Einsatz groß genug, löst bereits der Verkauf ein Sinken des Kurses aus.

Da die Aktien nur geliehen sind, muss er sie zum vereinbarten Zeitpunkt zurückgeben. Sind die Kurse zwischenzeitlich gefallen, benötigt der Fondsmanager für den Rückkauf weniger Kapital als er für den Verkauf erhalten hat. Abzüglich der Gebühr für das Leihen der Aktien wird so ein Gewinn in einem fallenden Markt eingefahren. Und Tui ist der Dumme, da sein Börsenwert gefallen ist – wie 2004 geschehen.

Hedge-Fonds werben mit hohen Renditen

Stand August 2007

Estländer&Rönnlund Global XL:	+ 13 Prozent pro Jahr seit 1996
Starhedge All Strategies:	+ 21 Prozent pro Jahr seit 1999
Quadrige AG Hedge-Fonds:	+ 18 Prozent pro Jahr seit 1996
K1 Invest Ltd.:	+ 25 Prozent pro Jahr seit 1996

Quelle: www.hedgefonds24.de

Strategien der Hedge-Fonds

Nach dem Zusammenbruch der New Economy ab Mitte 2000 wurden Hedge-Fonds für Anleger noch attraktiver. Eine ihrer Stärken ist es nämlich, auch bei fallenden Kursen hohe Renditen einfahren zu können. Die wesentlichen Instrumente hierzu sind Leerverkäufe und der Einsatz von Krediten. Beide Strategien gehen aber nicht immer auf: Steigen bei Leerverkäufen wieder erwarten die Kurse der betreffenden Aktie, kommt es zu einem Verlustgeschäft. Je nach Volumen und Höhe des Einsatzes von Krediten mit fatalen Folgen für den Fonds – bis hin zur Pleite.

Preisunterschiede nutzen

Eine weitere Strategie beruht auf der Ausnutzung kleinster Kursunterschiede – sogenannte Arbitrage-Geschäfte. Auf dem einen Markt wird gekauft, auf dem anderen blitzschnell verkauft. Durch den Einsatz von sehr viel, vor allem geliehenem Geld werden aus kleinen Kursdifferenzen hohe und vor allem schnelle Profite. Zum Beispiel kauft der Fondsmanager Wertpapiere in Tokyo, um sie Sekunden später zu einem höheren Preis in Frankfurt wieder zu verkaufen.

Das Gleiche geht auch mit Zinsunterschieden: Hedge-Fonds-Manager leihen sich in Ländern mit niedrigen Zinsen riesige Summen Geld billig aus – sogenannte carry trades – und legen es dort an, wo die Renditen gerade besonders hoch sind.

ver.di fordert:

Um Spekulationen mit Währungen zu reduzieren ist eine Steuer auf internationale Geldgeschäfte einzuführen – die Tobinsteuer.

Cewe Color: Heuschreckenabzocke erst einmal verhindert

Besonderen Hedge-Fonds-Attacken ist der Oldenburger Fotodienstleister Cewe Color ausgesetzt. Nachdem die beiden amerikanischen Hedge-Fonds „K Capital“ und „M2“ 16 Prozent der Aktien erworben hatten, wollten sie schnell Kasse machen und eine Sonderdividende durchsetzen. Dass dafür kein Geld da war, beeindruckte die Hedge-Fonds wenig. Die Kosten von bis zu 120 Millionen Euro sollten über Kredit finanziert werden. Dabei hat die Firma schon Probleme genug. Sie muss den Übergang von der analogen zur digitalen Bilderwelt bewältigen. Dazu sind massive Investitionen in neue Technik und Vertriebswege in Höhe von 150 bis 200 Millionen Euro nötig. Insofern platzte der Angriff der Hedge-Fonds mitten in den Umbau des Tradi-

tionsunternehmens, das schon neun von 29 Betriebsstätten geschlossen hatte. Der Vorstand von Cewe Color leistete jedoch öffentlich massiven Widerstand. „Mit mir wird es keine Sonderausschüttung geben, wenn zugleich Mitarbeiter entlassen und Sozialplanverhandlungen geführt werden“, so Cewe-Chef Hollander. Und bislang konnte sich das Management durchsetzen: Auf der Hauptversammlung in Oldenburg im April 2007 haben die Aktionäre dem Management den Rücken gestärkt: Sie schmetterten alle Forderungen der amerikanischen Hedge-Fonds ab. Diesmal hat noch Oldenburg gegen New York gewonnen. Doch die Angriffe gehen weiter.

Dass diese Ausplünderung Arbeitsplätze vernichtet und mittelfristig das Ende des Unternehmens bedeutet, interessiert den Hedge-Fonds nicht. Bis dahin ist er schon längst zum nächsten Unternehmen weitergezogen.

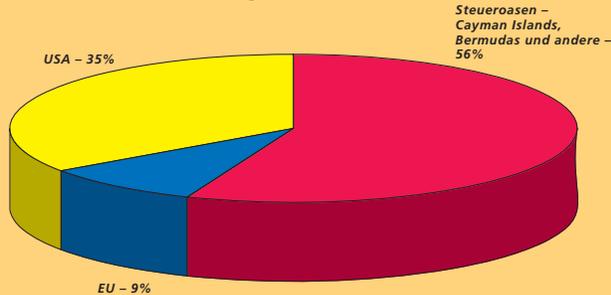
ver.di fordert:

Das Leihen von Aktien muss verhindert werden; in einem ersten Schritt sind Meldefristen für das Leihen von Aktien einzuführen.

Profit über alles

Mittlerweile gibt es kaum einen Markt, auf dem Hedge-Fonds auf der Suche nach Profiten nicht spekulieren. Das reicht von der Finanzierung von Hollywood-Filmen, über den Erwerb von Rechten an jungen Fußball-Talenten bis hin zum Handel mit Wertpapieren, denen schlecht abgesicherten Hypothekenkredite zugrunde liegen – die Auslöser der Finanzkrise im Sommer 2007. Oder man kauft sich in börsennotierte Unternehmen ein, treibt kurzfristig die Kurse hoch und macht dann schnell Kasse. Zwischenzeitlich wird das Management unter Druck gesetzt, Unternehmensgewinne vollständig an die Aktionäre auszuschütten oder über Kredite die Dividenden noch zu steigern. Für Investitionen bleibt dann kein Geld mehr übrig.

Hedge-Fonds fern jeder Aufsicht Die weltweit verwalteten Fonds sind registriert in ...



Seit 2004 sind Hedge-Fonds auch in Deutschland zugelassen. Um Steuervorteile zu erhalten, müssen sie hier Zinserträge und Kursgewinne angeben. Viele wollen nicht einmal das offenlegen – und bleiben in den Steueroasen.

Quelle: Böcklerimpuls 9/2007

Private-Equity-Fonds: Die Firmenjäger

Private-Equity-Fonds: Die Firmenjäger

Beim traditionsreichen Sanitär-Großhändler Schulte in Dortmund haben rund 1.700 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verloren. Sie wurden Opfer von Heuschrecken. Viele Beschäftigte stehen vor dem Aus. Trotz erheblicher Opfer der Belegschaft, trotz zuletzt zweistelliger Umsatzsprünge.

Anfang 2004 war die Schulte Gruppe von dem Private-Equity-Fonds W.V.M. (Westfälische Vermögen Management AG) übernommen worden. Fehleinschätzungen des Managements und eine lahrende Baukonjunktur hatten das Unternehmen in Schwierigkeiten gebracht. Jetzt erhoffte man Rettung.

Was folgte, war eine „Operation am offenen Herzen“. Die Firma wurde umgekrempelt. W.V.M. hatte sich jedoch verkalkuliert und stieg aus. Im Mai 2006 schien der Hedge-Fonds Avenue Capital (AC) Rettung zu bringen. Finanziert wurde der Deal unter anderem

mit Krediten, die Schulte selbst zu tragen hatte. Es ging aufwärts, die Umsätze stiegen im Herbst 2006 um 25 Prozent.

Dann der Schock: AC stellte plötzlich ohne Begründung seine Kredite fällig – und Schulte war über Nacht pleite. Kein Wort von den Managern, warum sie den Betrieb an die Wand fahren ließen. Die Heuschrecke hatte ihr Futter wohl ins Trockene gebracht. Die Kredite waren über die vorhandenen Warenbestände gut gesichert.

Sie heißen...

Blackstone, Apax Partners, KKR, Kingsbridge Capital oder Permira und sind sogenannte Private-Equity-Fonds. Ihr Kapital erhalten diese riesigen Kapital-sammelstellen vor allem von Pensionskassen, Banken, Versicherungen, Stiftungen und superreichen Privatanlegern, die oberhalb von fünf Millionen Dollar einsteigen.

Gelegentlich tun Private-Equity-Fonds Gutes und finanzieren Unternehmensgründungen und junge Firmen. Knapp 90 Prozent aller Investitionen waren 2006 aber sogenannte Buyouts – also Kauf und Übernahme von Unternehmen. Manchmal scheint es die letzte Hoffnung für angeschlagene Unternehmen. Immer sind Arbeitsplätze, Einkommen und sonstige Arbeitsbedingungen der Beschäftigten bedroht. Immer geht es um Profitmaximierung mit allen Mitteln. Nicht umsonst haben Private-Equity-Fonds als „Firmenjäger“ traurige Berühmtheit erlangt.

Private-Equity-Fonds wollen nicht mit Unternehmen Geld verdienen, sondern an ihnen!

Private-Equity-Fonds haben mit Hedge-Fonds viel gemeinsam: beträchtliche Renditeversprechungen, hohe Kreditaufnahme und Außenstehende haben keinen Einblick in die Geschäfte. Im Unterschied zu Hedge-Fonds handelt es sich bei ihnen um sogenannte geschlossene Fonds. Sobald das Geld für ein bestimmtes Investitionsvorhaben zusammen ist, wird der Fonds geschlossen. Die Anleger sind anteilig am Gewinn beteiligt und haften nur mit ihrer Einlage. Um die konkreten Geschäfte kümmert sich ein hochbezahltes Management. Die Anleger interessiert nur eine möglichst hohe Rendite.

Lust auf Müll

Finanzinvestoren haben auch die deutsche Abfallwirtschaft entdeckt und bereits riesige Profite gemacht. Und ihr Appetit auf weitere Müll-Geschäfte wächst. Viele mittelständische Unternehmen befürchten, dass sie von den Großen niederkonkurriert oder übernommen werden. Eine „Goldgräberstimmung“ hat die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) in der Müll-Branche ausgemacht. Ein Milliardengeschäft. Und die steigenden Preise für Altpapier, Glas, Metallschrott und Kunststoffe versprechen noch höhere Renditen. Das Duale System Deutschland (DSD) war 2005 von Kohlberg Kravis Roberts (KKR) übernommen worden. Die für den Kauf aufgenommenen Bankkredite von rund 160 Millionen Euro konnte der Private-

Equity-Fonds unter anderem wegen Entlassungen und massivem Lohndumping bereits innerhalb eines Jahres tilgen. Dem eingesetzten Eigenkapital in Höhe von 108 Millionen Euro stand nach zwölf Monaten ein Jahresüberschuss von 146 Millionen Euro gegenüber. Eine Kapitalrendite von 35 Prozent! Jetzt will die DSD-Spitze ihr Unternehmen noch attraktiver machen, um beim Weiterverkauf noch einmal richtig Kasse machen zu können. So wird die Branche mal wieder in Angst und Schrecken versetzt. „Denn bei der diesjährigen Ausschreibung für die Entsorgung von Verpackungsmüll wird eine weitere Dumping-Welle erwartet“, berichtet Erich Mendroch, Leiter der Fachgruppe Abfallwirtschaft bei ver.di.



Die Akzeptanz von Private-Equity als Finanzierungsinstrument steigt stetig, und auch internationale Finanzinvestoren entdecken zunehmend Deutschland als attraktives Investitionsziel ... Der deutsche Markt ist aus Sicht der Investoren noch bei weitem nicht ausgereizt. Er verspricht sowohl ein vergleichsweise hohes Entwicklungspotenzial als auch hohe Kapitalrenditen.

Joachim Spill, Ernst&Young, Presseerklärung vom 28. Dezember 2005

Der Blackstone-Gründer Schwarzman hat 2006 ein Einkommen von knapp 300 Millionen Euro kassiert – so viel wie 9.000 Beschäftigte mit durchschnittlichem Einkommen in Deutschland.

Roter Teppich für Private-Equity-Fonds

Das in Deutschland von Private-Equity-Fonds investierte Kapital hat in den letzten Jahren massiv zugenommen. Zwischen 2002 und 2006 stieg es von knapp sieben Milliarden Euro auf 51 Milliarden Euro an. Ende 2006 arbeiteten bereits fast eine Million Beschäftigte in Unternehmen, die von Private-Equity-Fonds aufgekauft worden sind.

Alles gegen den Willen der Regierungen Schröder und Merkel? Wer erinnert sich nicht an Münterferings Heuschrecken? Finanzinvestoren fielen „über Unternehmen her, grasen sie ab und ziehen weiter.“ Tatsächlich hat Rot-Grün den Heuschrecken den roten Teppich ausgerollt. Unter anderem durch die steuerliche Freistellung des Verkaufs von Beteiligungen an Unternehmen. Und im Sommer 2007 bereitet Steinbrück ein neues sogenanntes „Wagniskapitalbeteiligungsgesetz“ vor. Statt behaupteter Begrenzung von Private-Equity-Aktivitäten ist es nach Einschätzung des Steuerexperten

Professor Jarras in Wahrheit „nicht sehr weit von einem Private-Equity-Förderungsgesetz entfernt.“

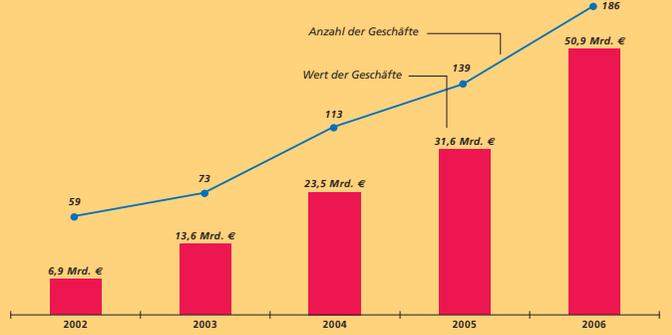
Deutschland – Spielwiese für Private-Equity-Fonds

In den USA und Großbritannien sind Private-Equity-Fonds schon längere Zeit aktiv. In Deutschland kam das Geschäft erst in den letzten Jahren richtig in Gang. 2006 gab es 186 Firmenkäufe in Deutschland – neuer Rekord! Neben den durch die ehemalige rot-grüne Regierung gewährten Vergünstigungen war hierfür das

niedrige Zinsniveau ausschlaggebend. Dies beflügelte die Kreditaufnahme und machte immer teurere Übernahmen möglich. Allein zwischen 2005 und 2006 stieg der Wert der gemeldeten Übernahmen in Deutschland um über 60 Prozent an.

ver.di fordert: Die Besteuerung der Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften muss wieder eingeführt werden.

Immer mehr Heuschrecken kommen nach Deutschland



Private-Equity-Fonds – die berüchtigten Heuschrecken – sind bei immer mehr Unternehmen in Deutschland eingestiegen. 2002 haben sie knapp sieben Milliarden Euro investiert, 2006 waren es über 50 Milliarden Euro.
Quelle: Ernst & Young, Transaction Services Germany, Private Equity Activity December 2006

Private-Equity-Fonds: Die Firmenjäger

Die Branche hat noch zahlreiche Unternehmen mit äußerst lukrativen und profitabel veräußerbaren Kerngeschäften im Auge. Auch wenn der Boom derzeit wegen steigender Zinsen und wachsender Unsicherheiten im Zuge der US-Immobilienkrise gebremst ist: Die Gier an den Finanzmärkten wird sich bald wieder Bahn brechen können. Mittelfristig rechnen Branchenkenner mit einer weiteren Verdoppelung des Anlagevolumens.

Die Strategien der „Räuber“

Private-Equity-Fonds beteiligen sich an Unternehmen oder kaufen sie ganz auf. Besonders gefragt sind mittelständische Unternehmen, die Nachfolger suchen, Tochterfirmen, die ein Konzern gerade loswerden will, Unternehmen mit profitablen Geschäftsbereichen. Aber auch öffentliche Firmen, die privatisiert werden. Lässt sich das Unternehmen zerlegen, werden lukrative Unternehmensteile sofort verkauft. Die übrigen Teile werden

mit allen Mitteln profitabel gemacht, bevor auch sie mit Gewinn weiterverkauft werden – sogenannte Secondary Buy-outs. Dies in der Regel an einen anderen Private-Equity-Fonds. Auf das, was am Ende vom Unternehmen übrig bleibt, warten sogenannte Geierfonds. Die steigen wie Leichenfledderer in fast oder vollständig insolvente und ruinierte Firmen ein und versuchen noch den letzten Euro rauszuholen.

Die in der Branche als „Räuber“ bezeichneten Investoren wollen kurzfristig extreme Gewinnraten durchsetzen – nach eigenen Angaben 15 bis 40 Prozent pro Jahr.

Asquetschen der Belegschaft

Drei bis vier Jahre gelten als erstrebenswerter „Verwertungszyklus“. In dieser Zeit muss die Rendite hochgetrieben sein. Das lässt sich mit traditionellen Mitteln wie Investitionen, Innovationen und Produktivitätsfortschritt nicht erreichen. Deshalb gehört brutale Kostensenkung vor allem zu Lasten der Beschäftigten zum Standardrepertoire der Branche: Massiver Stellenabbau und Einsatz billiger Leiharbeiter genauso wie Streichung übertariflicher Leistungen und massiver Druck auf Tarifverträge. Zugeständnisse der Belegschaft, des Betriebsrats und der Gewerkschaften werden häufig mit der Androhung weiterer Entlassungen schlicht erpresst.

Private-Equity-Fonds gefährden Arbeitsplätze, erhöhen den Lohndruck und verschlechtern massiv die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten.

Kredit und Verschuldung

Zum Geschäftsmodell von Finanzinvestoren gehört es, den Kauf eines Unternehmens zum Großteil mit Krediten zu finanzieren. Allein der Einsatz dieses Hebels steigert den Profit bereits gewaltig.

2006 kamen auf einen Euro Eigenkapital im Durchschnitt rund 14 Euro Fremdkapital. Die Kredite werden der gekauften Firma aufgebürdet. Vormals gesunde Unternehmen sind mit dem Kaufdatum plötzlich hoch verschuldet. Die zu zahlenden Zinsen tauchen dann als Betriebsausgaben auf, mit denen

Riesenprofit in vier Akten

- 1. Fonds auflegen**
Es beginnt mit dem Einsammeln von Kapital. 2006 waren es weltweit nach Schätzungen rund 300 Milliarden Dollar.
- 2. Unternehmen kaufen**
Mit dem Kapital wird ein Unternehmen gekauft oder sich maßgeblich an ihm beteiligt. Bis zu 90 Prozent der Kaufsumme wird über Kredit finanziert.
- 3. Gewinne hochtreiben und/oder Unternehmen ausschlachten**
Übliche Mittel sind: massiver Stellenabbau, Lohnkürzungen, Arbeitszeitverlängerung, Einsatz billiger Leiharbeiter, Zusammenlegung oder Verkauf von Unternehmensteilen, Investitionsstopp, Aneignung des Firmenvermögens, über Kredit finanzierte Sonderausschüttungen.
- 4. Ausstieg mit Profit**
Nach der Durchkapitalisierung des Unternehmens und dem etwaigen Verkauf von Unternehmensteilen wird das Unternehmen nach drei bis vier Jahren mit Gewinn weiterverkauft oder an die Börse gebracht. Bei zuvor ausgeschlachteten Unternehmen wird der Rest verkauft – oder geht in Konkurs.

Extraprofit mit Kredithebel

Der Private-Equity-Fonds GIER kauft die Müller AG für 100 Millionen Euro. 25 Millionen Euro sind Eigenkapital. Der Rest – 75 Millionen Euro – wird über Kredit finanziert und der Müller AG aufgebürdet. In der Müller AG muss die Geschäftsführung auf Anweisung des Eigentümers harte Kostensenkungen gegenüber den Beschäftigten durchsetzen. Außerdem wird vieles in dem Unternehmen optimiert.

Nach drei Jahren wird die Müller AG für 130 Millionen Euro verkauft. Ein Plus von 30 Millionen Euro. Bezogen auf das eingesetzte Eigenkapital von 25 Millionen Euro bedeutet dies eine Rendite von rund 30 Prozent jährlich. Hätte der Finanzinvestor die Müller AG vollständig mit Eigenmitteln gekauft, läge die Rendite „nur“ bei knapp zehn Prozent.

die beste Werbung sind. Tatsächlich kam es aber in knapp 30 Prozent aller vollständig abgeschlossenen Geschäfte sogar zu Verlusten. 20 Prozent stellten sogar einen Totalverlust dar. Bei noch nicht abgeschlossenen Geschäften lasen lasche Bilanzierungsvorschriften den Fondsmanagern einen hohen Spielraum für Schönfärbereien. Auch werden vor allem die wenigen Geschäfte mit extrem guten Ergebnissen in den Vordergrund gerückt.

sich wiederum prima Steuern sparen lässt. Eigentlich ist eine solche Übertragung von Krediten nach dem Aktiengesetz verboten. Die Regierung Kohl hat jedoch bereits 1995 durch das Umwandlungsgesetz für die Legalisierung gesorgt.

Damit aber nicht genug. Über Sonderdividenden wird häufig das wenige eingesetzte Eigenkapital ganz oder teilweise zurück geholt. Selbst wenn das Unternehmen hierfür weitere Schulden machen muss. Das alte oder neue Management ist gezwungen alles zu tun, schnell einen hohen Überschuss zu erwirtschaften. Die neuen Zins- und Tilgungslasten müssen ja bedient werden. Läuft dann nicht alles so wie gedacht, droht schnell der Konkurs. Dass Hunderte, zum Teil Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden, ist den Managern des Private-Equity-Unternehmens egal.

ver.di fordert:

Bei der Übernahme von Unternehmen muss der Übertragung von Krediten zur Kaufpreisfinanzierung ein Riegel vorgehoben werden.

Übertreibung gehört zum Geschäft

Angaben über riesige Renditen kommen von den Private-Equity-Fonds selbst. Einblick von außen hat niemand so richtig. Insofern ist hier Vorsicht geboten, zumal hohe Renditeangaben natürlich

Einige gute Jahre können fantastische Renditen produzieren. Läuft allerdings nicht alles wie gedacht, kommt es bei hoher Schuldenlast schnell zum Bankrott.



Immobilienpekulation und REITs

In den vergangenen Jahren sind immer mehr auch Immobilien zur Zielscheibe von Finanzinvestoren geworden. Sie stürzen sich auf kommunale und landeseigene Wohnungsgesellschaften oder auf ehemalige Werkwohnungsbestände, die zum Verkauf stehen.

Immobilien im Fokus der Finanzanleger

Deutsche Wohnimmobilien sind bei Investoren aus aller Welt gefragt. Sie sind nach wie vor vergleichsweise günstig zu haben. Kaufen, Mieterhöhungen durchsetzen, hohe Renditen erzielen oder teurer wieder verkaufen lautet hier das Motto.

Aber auch Gewerbeimmobilien sind beliebte Anlageobjekte. Hier treffen sich die Interessen von Finanzinvestoren mit denen großer Unternehmen. Durch den Verkauf ihrer Betriebsimmobilien können sie Gewinne erzielen und Geld flüssig machen: um andere Unternehmen im In- und Ausland aufzukaufen, auf Finanzmärkten zu investieren, eigene Aktien zurückzukaufen oder höhere Dividenden an ihre Anteilseigner auszuschütten.

Real-Estate-Investment-Trusts

Anteile an Immobilienfonds sind bisher nicht so flexibel handelbar wie andere Wertpapiere. Real-Estate-Investment-Trusts, kurz REITs sollen dieses Problem lösen und Immobilienanlagen noch attraktiver machen. Dabei handelt es sich um eine besondere Art von Immobilienfonds in der Form von Aktiengesellschaften, die an der Börse gehandelt werden können.

Vor allem die ehemaligen Wohnungen der öffentlichen Hände werden in einem atemberaubenden Tempo von Beteiligungsgesellschaften, Finanzinvestoren oder anderen börsennotierten Unternehmen durchgehandelt. Mit jedem Verkauf steigt der Renditedruck. Die Zeche müssen die Bewohner, das heißt die Mieter, und die Städte tragen.

Mieterbund-Präsident Dr. Franz-Georg Rips, Pressemeldung vom 12. März 2007

Ende März 2007 beschloss der Bundestag die Einführung von REITs und ihre steuerliche Begünstigung auch in Deutschland. Bereits bestehende reine Wohnimmobilien sind dabei ausgenommen, sie können nicht in deutsche REITs eingebracht werden. Die Erlöse dieser REITs müssen zu mindestens 75 Prozent aus der Vermietung oder Verpachtung oder dem Verkauf von Immobilien stammen und zu mindestens 90 Prozent an die Anteilseigner ausgeschüttet werden. Ihre Einkünfte sind dann von den Unternehmensteuern – Körperschaft- und Gewerbesteuer – befreit. Nur die empfangenen Ausschüttungen müssen von den Anteilseignern versteuert werden.

Neue Steuerschlupflöcher für Reiche

Damit drohen hohe Steuerverluste für den deutschen Staat. Ausländische Anleger machen den überwiegenden Teil der Investoren aus. Bei ihnen werden nur niedrige Quellensteuern erhoben, meist zwischen zehn und 15 Prozent, im Falle der Schweiz sogar Null. Das ist mit den einzelnen Staaten in sogenannten Doppelbesteuerungsabkommen geregelt.

Für reiche Kapitalanleger bieten REITs massive Steuervorteile.

Auch viele reiche deutsche Anleger werden Mittel und Wege finden, in den Genuss dieser niedrigen Steuersätze zu kommen, indem sie ihre Geschäfte über Briefkästen im Ausland abwickeln. Die Steuerverwaltung wird große Schwierigkeiten haben, dies nachzuvollziehen. Die REITs müssen nicht mitteilen, welche Erträge an welche in- oder ausländischen Anleger ausgeschüttet werden. Geradezu eine Einladung an Reiche zur Steuerhinterziehung!

ver.di fordert:

Keine Unternehmensteuerbefreiung für REITs. Hierzulande anfallende Immobiliengewinne müssen vollständig in Deutschland versteuert werden.

Neue Steuersubventionen für Unternehmen

Die Einführung der REITs rollt nicht nur den Kapitalanlegern den roten Teppich aus, sondern auch den Unternehmen, die Immobilien zu verkaufen haben. Ihr Problem war bisher: Die beim Verkauf erzielten Gewinne mussten voll versteuert werden. Diese Gewinne

sind oft sehr hoch, denn der Marktwert dieser Immobilien liegt zumeist erheblich über dem, der bei den Unternehmen in den Büchern steht. Die Wertsteigerungen stellen un versteuerte „stille Reserven“ dar, die beim Verkauf steuerpflichtig werden.

Hier hilft den Konzernen jetzt die neue „Exit-Tax“: Unternehmen müssen Gewinne aus dem Verkauf betrieblicher Immobilien bis Ende 2009 nur zur Hälfte versteuern, wenn der Verkauf an eine REIT-Aktiengesellschaft erfolgt.

Zu einem weit offenen Schlupfloch werden etwa „Sale-and-lease-back“-Gestaltungen: Unternehmen verkaufen selbst genutzte Immobilien an einen REIT und mieten sie dann zurück. Die Mietzahlungen mindern voll den Gewinn und damit die Steuern, während der Gewinn aus dem Verkauf durch die Exit-Tax steuerbegünstigt ist. Der Steuervorteil bleibt erhalten, auch wenn das Unternehmen die Immobilie später wieder zurückkauft.

! Mit der Exit-Tax für Immobilienverkäufe an REITs schafft der Staat ein neues großes Steuerschlupfloch für Unternehmen.

REITs benachteiligen den Standort Deutschland, REITs benachteiligen private Vermieter, REITs subventionieren die Kapitalflucht, REITs schwächen die Eigenkapitalbasis, REITs verkomplizieren Bilanzierung und Besteuerung, REITs führen zu erheblichen Steuerausfällen.

Prof. Lorenz Jarass, Bundestagsanhörung zu REITs am 28. Februar 2007

Jenseits von REITs plant die Bundesregierung eine neue umfassende Subvention zugunsten von Unternehmen, die ehemals steuerbefreit aufgebautes Wohnungskapital kaufen. Dies wurde bisher bei Ausschüttung an die Eigentümer mit 45 Prozent besteuert. Künftig sollen es nur noch drei Prozent (!) sein. So macht die große Koalition die Privatisierung ehemals öffentlicher oder gemeinschaftlicher Wohnungsunternehmen so richtig profitabel für die Heuschrecken!

ver.di fordert:

Keine Subvention beim Verkauf von Betriebsimmobilien!

Immobilienpekulation auf dem Vormarsch

Um negative Auswirkungen für die Mieterinnen und Mieter und die Entwicklung der Städte zu vermindern, haben einige SPD-Politiker im Bundestag Beschränkungen durchgesetzt. Deutsche REITs dürfen keine reinen Mietwohnimmobilien erwerben. Das gilt allerdings nur für solche Wohnungen, die vor 2007 erbaut worden sind.



Und gemischt genutzte Gebäude, bei denen die Wohnungen bis zur Hälfte der Nutzung ausmachen können, gelten nicht als Mietwohnimmobilien.

Die Einschränkungen gelten auch nicht für ausländische REITs und für andere Finanzinvestoren. Zu befürchten ist zudem, dass die beschlossenen Beschränkungen bei nächster politischer Gelegenheit abgeschafft werden. Das ist jedenfalls erklärtes Ziel der Immobilien- und der Fondsbranche.

Steigende Mieten

Die Gefahr besteht, dass in wenigen Jahrzehnten ein erheblicher Teil der deutschen Mietwohnungen Finanzinvestoren gehören wird. Ihr Ziel ist ausschließlich die Erzielung maximaler Renditen – durch Einsparungen bei Investitionen und Unterhaltungsaufwendungen, weniger und schlechter bezahlte Hausmeister, und durch steigende Mieten. Wenn die

Freiburg: Sieg der Mieterinnen und Mieter über die Privatisierer

Im April 2006 entschied sich in Freiburg eine Koalition aus CDU und Grünen für den Verkauf der städtischen Wohnungsbaugesellschaft samt ihrer Wohnungen an einen privaten Investor. Noch im selben Monat gründeten betroffene Mieterinnen und Mieter, Beschäftigte, Mieterbeiräte und Stadtteilvereine sowie SPD, unabhängige Listen und DIE LINKE.WASG gemeinsam die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“.

Bis Anfang Juli sammelten sie knapp 30.000 Unterschriften für einen Bürgerentscheid – weit mehr als die notwendigen 12.000. Am 12. November 2006 fand der Bürgerentscheid statt. 41.000 Freiburgerinnen und Freiburger stimmten gegen die Privatisierung, über 70 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die Stadt Freiburg darf nun mehrere Jahre lang keine Wohnungen verkaufen. Freiburg zeigt: Gegenwehr lohnt sich.

Zinsen und damit die Kosten der Investoren steigen, wächst der Mieterhöhungsdruck noch.

! Wohnungen werden zum bloßen Spekulations- und Renditeobjekt.

Um höhere Mieten leichter durchsetzen zu können, ist verstärkter und finanzkräftiger Druck gegen den Mieterschutz zu erwarten. Sozialzusagen sind meist kein wirksamer Schutz.

ver.di fordert:

Keine Privatisierung öffentlicher Wohnungsunternehmen. Der Mieterschutz darf nicht verschlechtert werden.



Demo gegen Wohnungs-Privatisierung in Freiburg: Mit einem Bürgerentscheid setzten Freiburgerinnen und Freiburger durch, dass die Stadt mehrere Jahre lang keine Wohnungen verkaufen darf.

Kasino und Krisen

Die Finanzmärkte dienen ursprünglich der Finanzierung von Investitionen. Unternehmer konnten sich zur Umsetzung ihrer Ideen oder Investitionsvorhaben hier das nötige Geld beschaffen. Diese Funktion haben die Finanzmärkte in den letzten beiden Jahrzehnten zunehmend verloren. Zum einen ging die Investitionstätigkeit zurück, zum anderen können insbesondere Großunternehmen aufgrund ihrer exzellenten Gewinnsituation mehr und mehr auf Eigenmittel zurückgreifen.

Kapital nicht knapp

Die Unternehmen haben 2005 ihre Investitionen zu fast 90 Prozent aus eigenen Mitteln gedeckt. Die erwirtschafteten Beträge waren sogar höher als die Sachinvestitionen. Von einem Mangel an Eigenkapital kann also keine Rede sein.

Immer mehr Geld strömt auf die Finanzmärkte. Die gewinnträchtigsten Anlagestrategien richten sich kaum noch auf traditionelle Geschäfte wie das längerfristige Halten von Aktien oder Anleihen. Nur auf gute Dividenden oder Zinsen zu warten war gestern. Heute müssen immer höhere Profite immer kurzfristiger realisiert werden. Dazu wird spekuliert, was das Zeug hält. Wer auf Risiken hinweist, gilt schon fast als Spielverderber.

Die Finanzmärkte sind zum Kasino für Reiche und Unternehmen geworden.

Die Haupttendenz der modernen Finanzmärkte ist nicht ihre grenzenlose Globalisierung, sondern die scheinbar vollständige Entstofflichung, Verflüssigung und Beschleunigung, mit der die Finanzanleger sich bereichern.

Jörg Huffschmid: Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg 2002, Seite 23

Bei unzureichenden Investitionsmöglichkeiten in Maschinen und Gebäude werden sogenannte „alternative“ Anlageformen immer attraktiver. Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds sind da nur die jüngsten Kreationen einer schon länger laufenden Entwicklung. Finanzmärkte und Realwirtschaft laufen auseinander. Bis die reale Entwicklung der Finanzmärkte wieder auf den Boden der Tatsachen zurückholt.

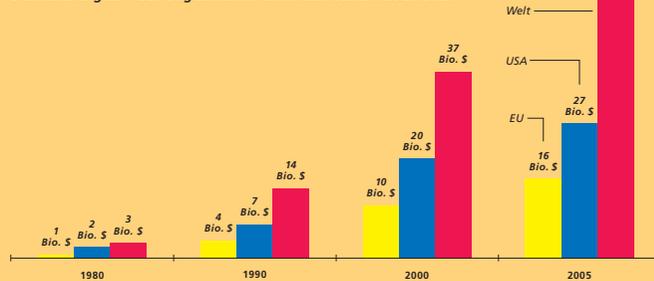
Tendenz zur Beschleunigung

In dem Maße, wie Finanzinvestoren die Märkte dominieren, drehen sie das Anlagen- und Spe-

kulationskarussell immer schneller. Sie können jederzeit in ein Geschäft oder Unternehmen ein- und wieder aussteigen – „Exit-Option“ – und sich ein anderes Objekt ihrer Begierde suchen. Ein Autohersteller oder eine Softwareunternehmerin können das nicht. Sie sind fest mit ihrem Unternehmen verbunden.

Der Druck der Finanzinvestoren auf eine schnelle und vor allem hohe Rendite droht zum Maßstab für die ganze Wirtschaft zu werden.

Vermögen strömt ins Kasino
Angelegtes Vermögen von Banken, Pensionskassen, Versicherungen – den sogenannten institutionellen Investoren



Die gigantische Summe von 55 Billionen Dollar verwalten Versicherungen, Pensionskassen und andere institutionelle Investoren – zwanzig Mal soviel wie 1980. Die Realwirtschaft bleibt hinter dieser Entwicklung weit zurück.

Quellen: OECD Institutional Investors, 2001; International Financial Services, 2006

15

16

Deshalb sind der Autohersteller oder die Softwareunternehmerin zu permanenter „Kurspflege“ gezwungen. Sie müssen ihre Geldgeber bei der Stange halten. Und für die zählt nur der kurzfristige Gewinn – der „Shareholder-Value“. Langfristig wertsteigernde und für eine solide Entwicklung der Wirtschaft notwendige Investitionen sind da kaum noch durchzusetzen. Eine für die Gesellschaft folgenreichere Entwicklung, die ihre Zukunftsfähigkeit bedroht.

Spekulation ohne Ende

Anfang der 1970er Jahre dienten 95 Prozent der Weltfinanztransfers der Realwirtschaft. Sie waren für den internationalen Austausch von Waren, Dienstleistungen und Investitionen nötig. Nur fünf Prozent waren Spekulation. Heute ist es genau umgekehrt. Wenn die Spekulation übermächtig wird, sind Spekulationsblasen vorprogrammiert. Dort wo es boomt, wollen alle mitverdienen: Der Herdentrieb – er lässt Blasen so richtig prall werden. Wenn sie platzen,

Spekulanten mögen unschädlich sein, solange sie wie Seifenblasen auf einem steten Strom unternehmerischer Aktivitäten tanzen. Aber die Lage wird ernst, wenn Unternehmen zu Seifenblasen auf dem Strudel der Spekulationen werden. Wenn die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes zum Nebenprodukt der Aktivitäten in einem Kasino werden, kommt ziemlich sicher nichts Gutes dabei heraus.

John Maynard Keynes: Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, 1936, Kapitel 12

lösen sich Milliardenbeträge in Luft auf. Im Jahr 2000 beim Absturz der New Economy. Zuletzt beim Crash des US-Immobilienmarktes.

Die New-Economy-Blase

Angefangen hatte es ganz realwirtschaftlich: Technologische Neuerungen im Informations- und Kommunikationsbereich hatten Mitte der 1990er Jahre die Hoffnung auf gänzlich neue Produkte und Dienstleistungen geweckt. In kürzester Zeit entstanden in Deutschland über 500 sogenannte „Start-ups“, neu gegründete Unternehmen, die innovative Produkte versprochen.

Die Banken weigerten sich in der Regel, derart waghalsigen Projekten mit Krediten auf die Füße zu helfen. Deshalb sammelten die Firmen das Geld über Börsengänge ein. Ein Börsengang jagte den nächsten. Expansionsfantasien heizten die Bereitschaft mächtig an, Aktien beliebiger Start-ups zu kaufen. Immer rasantere Kurssteigerungen waren die Folge. New Economy und Zockerkapitalismus ergänzten sich prima. Der Herdentrieb kam richtig in Schwung. Nicht selten waren Firmen, die bislang nur Verluste gemacht hatten, nach dem Börsengang plötzlich mehrere Milliarden Euro wert.

Milliardenwerte lösen sich in Luft auf.

Spekulation mit Währungen

Bekannt wurden Hedge-Fonds durch eine große Spekulationsattacke gegen den thailändischen Baht 1997. Die Attacke wurde von den Hedge-Fonds „Quantum“ und „Tiger“ gestartet. Sie nahmen Kredite in Baht auf und tauschten diese in Dollar um. Andere Hedge-Fonds schlossen sich an. Durch dieses Überangebot an Baht geriet die ohnehin unter Abwertungsdruck stehende Währung weiter unter Druck. Zur Kursstützung kaufte die thailändische Notenbank massiv ihre eigene Währung auf. Bis ihre gesamten Devisenreserven aufge-

braucht waren. Dann musste sie kapitulieren und den Wechselkurs freigeben. Der Kurs des Bahts verlor über die Hälfte seines Werts. Die Hedge-Fonds konnten ihre Dollar nun zu erheblich günstigeren Kursen in Baht zurücktauschen und machten so hohe Gewinne. Die gleiche Spekulation führte in den Folgemonaten auch zur Abwertung anderer asiatischer Währungen. In der Folge entwickelte sich eine schwere, mehrere Jahre dauernde Wirtschaftskrise in Asien. 22 Millionen Menschen wurden in Armut geworfen.

Das Abheben von der realen Wirtschaft konnte nicht lange gut gehen. Nach dem schwindelerregenden Boom vor allem des Jahres 1999 gerieten die Start-ups im März 2000 ins Trudeln. Zu groß war die Kluft zwischen realem Geschäft und Börsenwert. Alle wollten die Aktien plötzlich wieder los werden. Die Kurse stürzten ins Bodenlose. Die Folge waren Massenentlassungen und Unternehmenspleiten in nicht gekanntem Ausmaß.

US-Immobilienkrise

Eine neuerliche Blase hat im Sommer 2007 zur Immobilienkrise in den USA geführt. Eine ganze Zeit lang waren die Zinsen verlockend niedrig, Immobilienpreise stiegen. Viele Menschen hatten den Sprung zu den eigenen vier Wänden gewagt, auch wenn sie hohe Kreditbelastungen eingingen. Oft haben Banken und Immobilienmakler ihnen einen Hauskauf erst aufgeschwatzt – so entstand das „zweitklassige Segment“, englisch: subprime. Das ging solange gut, wie die Immobilienpreise stiegen und die Zinsen niedrig waren. Im Notfall hätte ein Häuschen mit Gewinn wieder verkauft werden können. Doch der Wind drehte sich. Die Preise begannen zu bröckeln, die Zinsen stiegen. Eigentümer konnten Zins und Tilgung nicht mehr stemmen. Viele verloren ihre Häuser und sind hoch verschuldet.

Aus Mist Geld machen

Hypotheken wurden zu faulen Krediten. Das besondere Problem: Kredite sind – inklusive der Ansprüche an Zins und Tilgung – vorher zu Handelswaren gemacht worden. Wertpapierhändler kauften Kredite, fassten sie zu neuen Wertpapieren zusammen und verkauften sie weiter.

Das funktionierte, weil „Experten“ in sogenannten Rating-Agenturen Noten verteilt hatten. Gute Noten! Statt mit einem sicheren Kredit wurden Geschäfte einfach mit vielen schlechten Krediten abgesichert. „Man hat einen Weg gefunden, aus Mist Geld zu machen“, so die *Financial Times Deutschland*.

So lange ein Boom anhält, können solche Wertpapiere lukrative Anlagen sein. Großanleger, zum Beispiel Pensionsfonds oder Hedge-Fonds, reißen sich darum und treiben den Preis immer höher. Verdienen wollten auch die deutsche Mittelstandsbank IKB und die Sachsen-LB. Als die den Wertpapieren zugrunde liegenden Kredite massenhaft faul wurden, platzte die Blase.

Plötzlich waren die Wertpapiere wertlos. Anleger wie kreditgebende Banken saßen auf wertlosen Papieren. Keine Bank, kein Anleger traut mehr dem anderen. Die Banken drehen den Kredithahn zu. Wie sehr der Rest der Wirtschaft mit im Sumpf steht, wird man erst in Zukunft sehen.

Denn sie wissen nicht, was sie tun?

Wer genau hinschaute, konnte auch diesmal die spekulative Blase früh erkennen. Der Internationale Währungsfonds hatte schon im Frühjahr 2006 auf die Risiken hingewiesen. Verhindert hat das die Entwicklung nicht.

Merkel und Steinbrück wollen nun mehr Transparenz. Bloß allein nützt das wenig. Viele Anleger sind die Risiken bewusst eingegangen, weil sie sich die möglichen Profite nicht entgehen lassen wollten. Andere haben vielleicht auf die Bewertung der Rating-Agenturen vertraut. Oder sie haben sich nicht die Mühe gemacht zu verstehen, wie aus Mist Wertpapiere wurden.

Mehr Transparenz allein reicht nicht. Finanzmärkte müssen an die Kandare.



Die globale Geldschwemme

Die globale Geldschwemme

Nie zuvor vagabundierte derart viel Geld rund um den Erdball auf der Suche nach profitablen Anlagen. Diese globale Geldschwemme treibt die Entwicklung auf den Finanzmärkten.

In den letzten 25 Jahren hat sich weltweit das von Banken, Pensionskassen, Versicherungen – den sogenannten institutionellen Investoren – verwaltete Vermögen von drei auf 55 Billionen Dollar fast verzwanzigfacht. Zusammen mit dem von Privatleuten angelegten Vermögen ergibt sich weltweit für das Jahr 2005 die gigantische Summe von knapp 80 Billionen Dollar. Die „normale“ Wirtschaft, in der wir arbeiten, bleibt hinter dem Wachstum der Finanzmärkte weit zurück.

Die Finanzmärkte wachsen viel schneller als die Weltwirtschaft.

Private Rente

Sparen und privat für das Alter vorsorgen. Das gilt heute als Allheilmittel gegen die Folgen der alternden Gesellschaften. Private Altersvorsorge gibt es bisher vor allem in den angelsächsischen Ländern ohne ausgebaute Sozialversicherungen. Riesige Vermögen sammeln sich so an. Sie fließen in sogenannten Pensionsfonds zusammen, die nach Anlagemöglichkeiten mit hohen Renditen suchen.

Eine Rentenpolitik, die die Menschen immer mehr in die private Alterssicherung drängt, bläht die Finanzmärkte weiter auf. Sie müssen sparen, ihr Geld in private Anlagen oder Versicherungen

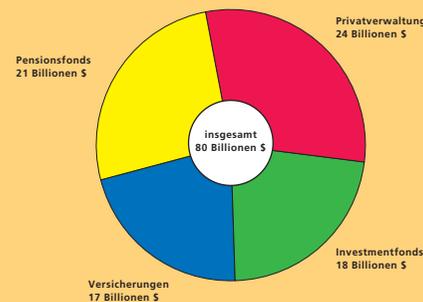
abschließen. Allein ein Viertel des weltweit angelegten Vermögens steckte 2005 in Pensionsfonds – über 20 Billionen Dollar. Ob es tatsächlich zu den erwarteten Rentenauszahlungen kommen wird, bleibt ungewiss. So ungewiss wie die Entwicklung auf den Finanzmärkten. Gewiss ist aber, dass die Pensionsfonds ihre Gelder anlegen müssen. Vielleicht genau in den Hedge-Fonds oder Private-Equity-Fonds, der gerade den Arbeitsplatz der künftigen Pensionäre zwecks Gewinnsteigerung vernichtet ...

Sicheres Umlageverfahren

In Deutschland wird hauptsächlich auf das Umlageverfahren gesetzt: Die gegenwärtige berufstätige Generation versorgt über ihre Beiträge zur Rentenversicherung die jeweiligen Rentnerinnen und Rentner. Bei diesem Verfahren braucht kein Vermögen aufgebaut und auf die Kapitalmärkte gebracht zu werden.

Statt dieses System zu sichern und auszubauen, hat im Jahr 2000 der damalige Arbeitsminister Riester dem Umlageverfahren einen Schlag versetzt: Mit der „Riester-Rente“ sind nun auch bei uns die Menschen darauf verwiesen, einen Teil ihrer Rente privat anzusparen. Wenn sie es sich leisten können. Die Beiträge zur „Riester-Rente“ fließen in Pensionskassen und müssen angelegt werden. Wo sie letztlich landen, ist im Einzelnen kaum nachvollziehbar. Generell kann man aber davon ausgehen, dass Teile letztlich auch in Private-Equity-Fonds oder Hedge-Fonds landen.

Weltweit angelegtes Vermögen 2005



Die gigantische Summe von fast 80 Billionen Dollar ist weltweit auf der Suche nach rentabler Anlagemöglichkeit. Der größte Teil davon wird von Pensionsfonds, Investmentfonds und Versicherungen verwaltet – den sogenannten institutionellen Anlegern.

Quelle: International Financial Services, Fund Management, City Business Series, August 2006, Seite 6

Auch die „Riester-Rente“ leistet einen Beitrag zur Ausweitung der Finanzmärkte.

Angenehm soll so eine alternde Gesellschaft besser versorgt sein. Tatsächlich aber muss immer der gerade erwerbstätige Teil der Bevölkerung den nicht aktiven Teil – also Kinder und nicht mehr Erwerbstätige – mitversorgen. Den Vorteil der Rentenprivatisierung haben die Unternehmer, denn die Eigenvorsorge muss ohne Arbeitgeberanteil von den Beschäftigten allein finanziert werden. Und für die privaten Versicherungen ist es ein riesiges Geschäft: Sie verdienen an hohen Milliardenbeträgen, die sonst in die Sozialversicherungen geflossen wären.

ver.di fordert:

Die paritätische, umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung muss beibehalten und gestärkt werden.

Umverteilung

Unternehmer und Reiche kassieren heute 60 Prozent mehr an Gewinnen und Vermögenseinkommen als noch vor 15 Jahren. Bei den Beschäftigten ist vom steigenden Reichtum der vergangenen Jahre kaum etwas angekommen. Viele haben weniger als zuvor – insbesondere viele Erwerbslose. Die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel haben dieser Entwicklung Vorschub geleistet. Sie haben Steuergeschenke an Reiche und Unternehmen verteilt. Gleichzeitig haben sie die Bedingungen für Beschäftigte und ihre Gewerkschaften erschwert, ihren Anteil

am wachsenden Reichtum durchzusetzen: Mit Gesetzen, die Befristung, Leiharbeit und Minijobs ausweiten. Und durch Hartz IV. Angst auf dieses Niveau abzustürzen macht viele Beschäftigte gefügig.

Da die Binnennachfrage wegen der hohen Arbeitslosigkeit und zurückgehender Reallöhne am Boden liegt, wurde kaum investiert. Das Geld floss stattdessen auf die Kapitalmärkte.

Mittlerweile verfügen die oberen zehn Prozent der Haushalte in Deutschland über fast die Hälfte des Gesamtvermögens. Allein 2006 gab es in Deutschland mit knapp 800.000 über 30.000 Millionen mehr als noch im Jahr vorher. Menschen, die ihr Geld gar nicht konsumieren können, sondern auf den Finanzmärkten anlegen. Viel neues Futter für alle möglichen Arten von Heuschrecken.



ver.di fordert:

Eine Steuer-, Abgaben- und Lohnpolitik, die Einkommen und Vermögen wieder gerecht verteilt.

Internationale Faktoren

Gewaltige Preissteigerungen bei Rohstoffen, vor allem Öl, haben die Einnahmen einzelner Staaten erhöht und so ebenfalls zur Geldschwemme beigetragen. China wiederum hat mit hohen Exportüberschüssen gigantische Devisenreserven angehäuft. Ein großer Teil des Geldes wird weltweit in profitablen Anlagen angelegt – etwa in Private-Equity-Fonds.

19

Politik schafft Spielregeln ab

Politik schafft Spielregeln ab

Immer eindringlicher werden die Warnungen vor der Entwicklung an den Finanzmärkten. Sogar Kanzlerin Merkel und Finanzminister Steinbrück haben sich in den Chor eingereiht. Nur: In der Vergangenheit hat die deutsche Politik vorhandene Dämme durchlöchert statt verstärkt. Hier gibt es eine Kontinuität von den Regierungen Schmidt und Kohl über die Regierung Schröder bis zur jetzigen Regierung Merkel.

In den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg existierten noch sehr strenge Kapitalverkehrskontrollen. In Deutschland wurden sie Schritt für Schritt gelockert. Bis 1981 die damalige Koalition unter dem SPD-Kanzler Schmidt die restlichen noch bestehenden Beschränkungen abgeschafft hatte. Ein Zwang hierzu bestand nicht. Vielmehr glaubte man, dass die Märkte so effizienter und stabiler würden. Unternehmer so leichter an Kapital für Investitionen kommen könnten. Dieser Irrglaube ist seither in vielen Finanzkrisen widerlegt worden.

Telekom: Heuschrecke als Rammbock genutzt

Mehr Effizienz, niedrigere Preise, bessere Qualität und Service für die Kunden – das sollten die Liberalisierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen bringen. Versprechungen, die wenig mit der Realität zu tun haben und meistens auf Kosten der Beschäftigten gehen: 100.000 Jobs wurden bei der Telekom in den letzten Jahren vernichtet. Nur halb so viele entstanden bei den Konkurrenten.

Um zusätzliche Lohnkürzungen durchzusetzen, war ein Rammbock hilfreich. Stephen Schwarzman,

Die Deutschen waren mit ihrer Re- und Deregulierung ein wenig naiv. Man glaubte, dass die Reduzierung der Bankenbeteiligung an Unternehmen eine höhere Effizienz und ein reibungsloseres Finanzumfeld schaffen würden. Aber der Preis, den die Deutschen dafür zahlten, bestand darin, alle Schleusen für die Unterwanderung des Rheinischen Kapitalismus und der Stakeholder-Philosophie zu öffnen.

Poul Nyrup Rasmussen, ehemaliger dänischer Premierminister, Vorsitzender der Sozialdemokratisch-sozialistischen Partei Europas (PES), Mitbestimmung, August 2007, Seite 8

ver.di fordert:

Finanzmärkte müssen wieder stärker reguliert werden.

Nachdem alle Kontrollen des Kapitalverkehrs beseitigt waren, ging es fortan ums Fördern von Finanzinvestoren. Dabei war die Regierung Kohl zunächst besonders aktiv. Mit der Börsengesetznovelle von 1989 wurde die Spekulation mit Wertpapieren und Edelmetallen erleichtert. Zum Beispiel konnte nun im sogenannten Terminhandel auf den zukünftigen Preis von Gold oder Schweinehälften gewettet werden.

Weiter ging es mit drei „Finanzmarktförderungsgesetzen“ zwischen 1990 und 1998. Die Förderung ging von der Streichung der Börsenumsatzsteuer über die Zulassung von reinen Geldmarktfonds bis hin zur Erlaubnis, dass auch Investmentgesellschaften mit Termingeschäften spekulieren dürfen. 1994 wurden mit dem Umwandlungsgesetz die Bedingungen richtig komfortabel gemacht, Schulden auf ein übernommenes Unternehmen zu übertragen. Eine wichtige Voraussetzung um das Geschäft von Private-Equity-Fonds besonders profitabel zu machen.

Die Regierung Schröder legte dann im vierten Finanzmarktförderungsgesetz nach. Unter anderem wurden die Geschäftsmöglichkeiten für Finanzinvestoren erweitert: Immobilienfonds etwa durften nun ohne Beschränkung weltweit Immobilien kaufen.

„Danke, Gerd!“

Der damalige Finanzminister der rot-grünen Koalition Hans Eichel hat mit der Steuerreform 2000 nicht nur die Unternehmenssteuer drastisch gesenkt. Als ein besonderes Geschenk für die Finanzbranche entpuppte sich ein Hinweis im Kleingedruckten. Ab 2002 würde bei Gewinnen

aus dem Verkauf von Anteilen an Aktiengesellschaften und GmbHs kein Cent Steuern mehr zu zahlen sein.

Mit der rot-grünen Nullsteuerlösung hatten selbst die größten Lobbyisten nicht gerechnet. Kurz zuvor hatte der Chef der Allianz Schulte-Noelle lediglich ein Absenken des Steuersatzes auf 20 Prozent gefordert.

In der Finanzbranche knallten angesichts des völlig unerwarteten Geschenks die Champagnerkorken. Mit einem kräftigen „Danke, Gerd!“ bedankte sich die Anlegerzeitung „Euro am Sonntag“ bei Kanzler Schröder. Das Handelsblatt zitierte Börsianer mit den Worten „Das ist eine Bombe, wenn es so kommt.“

Und es kam so. Die Steuerfreistellung von Veräußerungsgewinnen stellt bis heute eine Einladung an Finanzinvestoren dar, sich reichlich in Deutschland zu bedienen. Ohne dieses nachhaltig wirkende Steuergeschenk der rot-grünen Regierung würde sich so manche Übernahme nicht lohnen. Nicht nur beim Kauf würden Steuern fällig, auch ein anschließendes Filetieren des Unternehmens würde sich wegen weiterer Steuern beim Verkauf oftmals nicht lohnen.

Die Förderung geht weiter

2004 folgte das „Investmentmodernisierungsgesetz“ durch die rot-grüne Regierung. Der Finanzplatz Deutschland müsse weiter gestärkt werden, so die Begründung. Hedge-Fonds als „Sondervermögen mit zusätzlichen Risiken“ wurden erstmals auch in Deutschland zugelassen.

Gleichzeitig haben Private-Equity-Fonds einen weiteren wichtigen Steuervorteil eingeräumt bekommen: Gewinne auf Fonds-

ebene bleiben steuerfrei. Die Besteuerung erfolgt erst bei Gewinnausschüttung an die Kapitaleigner. Sitzen die im Ausland, schaut der deutsche Staat in die Röhre. Ähnliche Steuerprivilegien haben die deutschen Immobilienfonds REITs erhalten, die 2007 eingeführt wurden.

Dass die Finanzmärkte heute immer dominanter werden, ist kein Sachzwang, sondern Folge politischer Weichenstellungen.

Damit nicht genug: Im Sommer 2007 bereitet Steinbrück ein neues „Wagniskapitalbeteiligungsgesetz“ vor. Private-Equity-Fonds werden damit als rein vermögensverwaltend eingestuft. Obwohl dies im Widerspruch zu ihrer offensichtlich gewerblichen Tätigkeit steht.

Damit würden der Branche massive Steuervorteile eingeräumt. Statt Wagniskapital zu mobilisieren, läuft es nach Einschätzung von Professor Jarras eher auf ein „Private Equity-Förderungsgesetz“ hinaus.

So wird das Feld für Finanzinvestoren bereitet. Sogar mehr, als in anderen Ländern. So gibt es zum Beispiel in Großbritannien, der Schweiz, Irland und weiteren Ländern eine Börsenumsatzsteuer, die bei uns abgeschafft wurde.

ver.di fordert:

Keine zusätzlichen Steuervorteile für Private-Equity-Fonds.



Finanzkapitalismus zurückdrängen

Finanzkapitalismus zurückdrängen

Fonds und Finanzinvestoren spielen eine immer größere Rolle. Sie haben nur die maximale Rendite im Auge. Bindungen an bestimmte Unternehmen sind ihnen fremd. Es geht nur noch um möglichst hohen Shareholder-Value.

Der von den Finanzmärkten getriebene Kapitalismus bedroht unsere sozialen Errungenschaften.

Soziale Regulierung statt Kapitalismus pur

Der Heuschrecken-Kapitalismus ist nicht vom Himmel gefallen. Und er ist auch kein unabwendbares Schicksal. Es ist keineswegs notwendig, dass Politik und Unternehmen in vorausweisendem Gehorsam den Finanzinvestoren den roten Teppich ausrollen und sich ihren hemmungslosen Profitansprüchen unterwerfen. Es ist keine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine Frage der Politik und der Kräfteverhältnisse, wenn der Sozialstaat demontiert, Löhne gesenkt und Arbeitsbedingungen verschlechtert werden.

Mittlerweile sind eine Fülle von Forderungen entwickelt worden, um den Finanzkapitalismus zurückdrängen und seine schädlichen Wirkungen einzugrenzen. Die wichtigsten sind in dieser Broschüre genannt. Vieles muss auf internationaler oder europäischer Ebene geregelt werden. Und die

deutsche Regierung hat großes Gewicht auf dem internationalen Terrain. Sie muss sich dort für eine Re-Regulierung der Finanzmärkte stark machen!

Internationale Regulierung

Besonders wichtig sind folgende Maßnahmen:

Kontrolle der Fonds ■ Hedge- und Private-Equity-Fonds müssen ebenso wie Banken und Versicherungen durch die Finanzaufsichtsbehörden kontrolliert werden. Die Eigentümerstruktur, Geschäftspolitik und Anlagen müssen systematisch und kontinuierlich überprüft werden. Insbesondere auch die Risikobegrenzungsregeln der Fonds. Der Erwerb wesentlicher Beteiligung an börsennotierten Unternehmen muss gemeldet werden.

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass in der EU nur solche Fonds tätig werden dürfen, die sich an diese Anforderungen halten. Den Banken in Deutschland darf der Handel nur mit Anteilen solcher Fonds erlaubt werden.

Kreditbeschränkungen ■ Die Aktivitäten der Hedge- und Private-Equity-Fonds sind mit besonderen Risiken verbunden. Deshalb müssen die Banken verpflichtet werden, Kredite mit mehr Eigenkapital abzusichern. Dadurch werden die Kredite teurer und riskante kreditfinanzierte Aktivitäten weniger lohnend. Dies kann durch Zusatzbestimmungen zu den verbindlichen Basel II-Regeln geschehen*. Am besten auf europäischer Ebene, ansonsten auch national.

Fonds und Finanzmärkte müssen streng reguliert, Spekulation muss zurückgedrängt werden.

Tobin-Tax ■ Die Wechselkurse und damit das internationale Finanzsystem müssen stabilisiert werden. Auf Währungsgeschäfte muss eine internationale Devisentransaktionssteuer – Tobin-Tax – eingeführt werden.

Öffentliches Rating ■ Banken und private Rating-Agenturen, die die Qualität von Finanzanlagen beurteilen, nehmen die Risiken nicht ernst genug. Dies hat nicht zuletzt die jüngste US-Immobilienkrise gezeigt. Wir fordern von der Bundesregierung eine Initiative für eine öffentlichrechtliche Rating-Agentur in Europa. Diese muss verpflichtet werden, die Risiken vorsichtig einzuschätzen und auch soziale und ökologische Kriterien zu berücksichtigen.

Nationale Handlungsmöglichkeiten

Trotz der Notwendigkeit besserer internationaler und europäischer Regulierung: Auch national bestehen Handlungsmöglichkeiten. Die Finanzinvestoren können in ihren Aktionsmöglichkeiten eingeschränkt und ihre Erträge besteuert werden, anstatt sie wie bisher durch besondere Vergünstigungen zu fördern.

* Vgl. Rating, pricing, risking, ver.di Wirtschafts-politische Informationen April 2003, www.wipo.verdi.de

Heuschrecken bremsen ■ Die Beschäftigten, ihre Betriebsräte und Aufsichtsräte brauchen bessere Kontrollmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte bei der Übernahme und Auslagerung von Unternehmen.

Die Überwälzung von Krediten zur Kaufpreisfinanzierung auf das übernommene Unternehmen muss verhindert werden. Der Käufer muss den Kaufpreis aufbringen. Das übernommene Unternehmen darf nicht belastet werden. Sonderausschüttungen an die Eigentümer, die durch Kredite finanziert werden, sind zu beschränken.

Die Aktionärsstimmrechte sind so neu zu gestalten, dass eine langfristige und nachhaltige Unternehmenspolitik unterstützt wird. Das Stimmrecht auf Hauptversammlungen könnte an eine Mindesthaltedauer etwa von einem Jahr gebunden werden. Oder nach zwei oder drei Jahren könnte das Stimmrecht verdoppelt werden. Eine solche Regelung gibt es zum Beispiel in Frankreich.

Besteuerung ■ Die Gewinne aus der Veräußerung von Unternehmensanteilen müssen wieder voll steuerpflichtig werden. Der Verkauf von Betriebsimmobilien und von sozial geförderten Wohnungen darf nicht steuerlich begünstigt werden. REITs und Private-Equity-Fonds dürfen nicht von Unternehmensteuern befreit sein.

Sozialstaat stärken

Das Wuchern der internationalen Finanzmärkte wird gespeist durch einen Überschuss an Geldkapital, das möglichst profitable Anlagen sucht. Die Umverteilung von unten nach oben hat den Unternehmen und den Reichen

gewaltige Zuwächse beschert, die gewinnbringend angelegt werden wollen.

Gleichzeitig werden durch die Kürzung der gesetzlichen Rentenansprüche die Beschäftigten genötigt, immer mehr Geld in private kapitalgedeckte Altersvorsorge zu stecken – sofern sie es sich leisten können. Die Versicherungskonzerne machen Druck zum Abbau der Sozialversicherungen, um die Beitragsgelder in ihre Kassen zu lenken. Auch diese Gelder müssen angelegt werden.

Die gesetzlichen Sozialversicherungen müssen gestärkt werden, statt sie immer weiter zu demonstrieren. Dabei muss das bewährte und sichere Umlageverfahren beibehalten werden, statt die soziale Absicherung kapitalgedeckt immer mehr den Risiken der Finanzmärkte auszusetzen. Das gilt nicht nur für die Rente, sondern auch für die Kranken- und die Pflegeversicherung.



Wir wollen Privatisierung verhindern und solidarische soziale Sicherung stärken.

Privatisierung stoppen

Die Suche nach neuen Anlagefeldern für die wachsenden Kapitalmassen ist auch eine Haupttriebkraft für die Privatisierung. Mit Energie- oder Wasserversorgung, Verkehr, Müllentsorgung, Krankenhäusern, Wohnungen wollen Konzerne und Finanzinvestoren hohe und von der öffentlichen Hand garantierte Renditen erwirtschaften. Sogar Gefängnisse, Bildungseinrichtungen und Stadtverwaltungen wollen sie privat betreiben.

23

Finanzkapitalismus zurückdrängen

Teilweise wurde und wird öffentliches Vermögen an private Konzerne geradezu verschleudert. So soll die Privatisierung der Bahn vier bis sieben Milliarden Euro erbringen. Laut amtlicher Statistik hat die Bahn jedoch ein Vermögen von etwa 180 Milliarden Euro.

Die Lasten der Privatisierung tragen die Beschäftigten und die Bevölkerung. Einkommen und Arbeitsbedingungen werden verschlechtert, Leistungen abgebaut und Preise erhöht, demokratische Einflussmöglichkeiten beseitigt. Besonders sozial Benachteiligte können sich viele Angebote nicht mehr leisten.

Die Regierungen Kohl, Schröder und Merkel haben durch Steuer-senkungen zugunsten von Unternehmen und Vermögenden die öffentlichen Einnahmen beschnitten und damit den Druck in Richtung Privatisierung erhöht. Durch massive Senkungen der Unternehmensteuern und andere Gesetzesänderungen haben sie privaten Investoren „geholfen“, öffentliche Unternehmen aufzukaufen.

Privatisierung: Verschleuderung von Volksvermögen!

* Vgl. dazu die Broschüre „In unsere Zukunft investieren“, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Februar 2006, www.wipo.verdi.de.

24

Wir wollen Kürzungen und Privatisierungen im öffentlichen Dienst stoppen oder sogar rückgängig machen. Öffentliche Daseinsvorsorge muss nach sozialen Kriterien organisiert werden und nicht um Unternehmen möglichst hohe Profite zu ermöglichen. Wir brauchen deutlich mehr Investitionen in Zukunftsaufgaben und mehr Personal, für Bildung und soziale Dienstleistungen, für ökologischen Umbau. All das wird auch die Arbeitslosigkeit erheblich senken.*

Umverteilung umkehren

Die Umverteilung von unten nach oben muss endlich gestoppt werden. Wir brauchen wieder kräftige Lohn- und Gehaltserhöhungen, die zumindest die Preis- und Produktivitätssteigerungen ausgleichen.

Höhere Einkommen bedeuten mehr Kaufkraft und mehr Nachfrage. Dann lohnen sich auch vermehrte Investitionen in zusätzliche Produktionsanlagen und Arbeitsplätze. Das Geld fließt wieder verstärkt in die inländische Produktion statt auf internationale Finanzmärkte.

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn und kräftige Tarifierhöhungen!

Wir fordern einen Kurswechsel der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Damit auch die Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter wieder leichter wird. Es muss Schluss sein mit einer Politik, die uns Knüppel zwischen die Beine wirft und Lohndumping fördert.

Die wichtigsten Forderungen sind dabei ein gesetzlicher Mindestlohn von wenigstens 7,50 Euro je Stunde und die Zurückdrängung von Leiharbeit und befristeter Beschäftigung. Das Arbeitslosengeld II muss erhöht und der Zumutbarkeitschutz bei Arbeitsangeboten an Erwerbslose wieder hergestellt werden.

Wir sind dem Finanzkapitalismus nicht wehrlos ausgeliefert. Wenn wir Druck machen, können wir die Heuschrecken unter Kontrolle bringen. Durch stärkere Regulierung der Finanzmärkte und der Fonds-Aktivitäten, durch höhere Besteuerung ihrer Gewinne, durch Stärkung des Sozialstaats und des öffentlichen Sektors, durch höhere Einkommen für uns, statt für die Fonds und ihre Manager.

Setzen wir die Heuschrecken auf Diät!

Quellen und Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit, Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft, 7. Auflage, Münster 2007.
- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, Memorandum 2007, Köln 2007.
- Böttger, Christian, Strukturen und Strategien von Finanzinvestoren, Arbeitspapier 120, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2006.
- Finanzmarktpolitik: Regulierung der Finanzmärkte“, Beschluss des ver.di-Bundeskongress 2007.
- Hans-Böckler-Stiftung, Reihe: Finanzinvestoren in Deutschland, Materialien unter „Themen“ auf www.boeckler.de.
- Hickel, Rudolf, Die Risikospirale. Was bleibt von der New Economy?, Frankfurt am Main 2001.
- Hufschmid, Jörg, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, 2. Auflage, Hamburg 2002.
- Hufschmid, Jörg/Köppen, Margit/Rhode, Wolfgang (Hrsg.), Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter? Neue Herausforderungen durch die internationalen Kapitalmärkte, Hamburg 2007.
- Jarass, Lorenz/Obermair, Gustav M., Steuerliche Aspekte der Aktivitäten von Private Equity und Hedge Fonds. Gutachten im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2007.
- Kamp, Lothar/Krieger, Alexandra, Die Aktivitäten von Finanzinvestoren in Deutschland, Arbeitspapier 103, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf 2005.
- Mitbestimmung, Heft 9/2007, Schwerpunkt: Die Deals der Finanzinvestoren.
- Private Equity-Fonds. Von der Investitionsfinanzierung zum Finanzinvestment, Wirtschaftspolitische Informationen der IG Metall, Nr. 4, 2007.
- Sedlmaier, Hans, Firmenjäger. Wie Raider Unternehmen kaufen, zerschlagen und verschachern, Frankfurt am Main/New York 2003.
- Voth, Hans-Joachim, Transparenz und Fairness auf einem einheitlichen europäischen Kapitalmarkt, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Juli 2007.
- Windolf, Paul (Hrsg.), Finanzmarktkapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen, Wiesbaden 2005.
- **ver.di-Materialien, verfügbar unter www.wipo.verdi.de**
- Rating, pricing, risking? Folgen veränderter Unternehmensfinanzierung durch Basel II, Wirtschaftspolitische Informationen, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, April 2003.
- Konzept Steuergerechtigkeit. Gerechte Steuern – Staatsfinanzen stärken, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Oktober 2004.
- Mythos Standortchwäche, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Juni 2004.
- Hedge- und Private Equity-Fonds. Die Turbos im Kapitalismus, Wirtschaftspolitische Informationen, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Oktober 2005.
- In unsere Zukunft investieren, ver.di Bereich Wirtschaftspolitik, Februar 2006.
- Arm trotz Arbeit? Wir brauchen den gesetzlichen Mindestlohn, 3. Auflage, Juni 2007.

Auf unserer Website können die Materialien des Bereichs Wirtschaftspolitik über einen elektronischen Verteiler abonniert werden.

www.wipo.verdi.de

Wirtschaftspolitik ver.di

ver.di

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft